

# Vorsicht, Kopfpauschale!

Schwarz-Gelb will das solidarische Gesundheitssystem zerschlagen

Für die Versicherten wird es teuer: Union und FDP machen den Weg frei für höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und für unbegrenzte Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber entlässt Schwarz-Gelb aus der Verantwortung. Ihr Anteil liegt bereits unter dem der Versicherten und wird bei 7,3 Prozent eingefroren. Alle künftigen Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen - als pauschale Zusatzbeiträge. Diese sind nichts anderes als die Kopfpauschale durch die Hintertür.

## Der unsoziale Geist setzt sich durch

Mit dieser Kopfpauschale belastet Schwarz-Gelb arme Menschen besonders massiv. Ein Sozialausgleich greift erst, wenn die Gesundheitskosten aus allgemeinen Beiträgen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag war noch nie.

## Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen!

DIE LINKE kann und wird das nicht hinnehmen und für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung streiten: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird perspektivisch abgeschafft. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Die Parität wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Vorsicht, Kopfpauschale!

Schwarz-Gelb will das solidarische Gesundheitssystem zerschlagen

Für die Versicherten wird es teuer: Union und FDP machen den Weg frei für höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und für unbegrenzte Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber entlässt Schwarz-Gelb aus der Verantwortung. Ihr Anteil liegt bereits unter dem der Versicherten und wird bei 7,3 Prozent eingefroren. Alle künftigen Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen - als pauschale Zusatzbeiträge. Diese sind nichts anderes als die Kopfpauschale durch die Hintertür.

## Der unsoziale Geist setzt sich durch

Mit dieser Kopfpauschale belastet Schwarz-Gelb arme Menschen besonders massiv. Ein Sozialausgleich greift erst, wenn die Gesundheitskosten aus allgemeinen Beiträgen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag war noch nie.

## Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen!

DIE LINKE kann und wird das nicht hinnehmen und für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung streiten: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird perspektivisch abgeschafft. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Die Parität wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Vorsicht, Kopfpauschale!

Schwarz-Gelb will das solidarische Gesundheitssystem zerschlagen

Für die Versicherten wird es teuer: Union und FDP machen den Weg frei für höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und für unbegrenzte Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber entlässt Schwarz-Gelb aus der Verantwortung. Ihr Anteil liegt bereits unter dem der Versicherten und wird bei 7,3 Prozent eingefroren. Alle künftigen Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen - als pauschale Zusatzbeiträge. Diese sind nichts anderes als die Kopfpauschale durch die Hintertür.

## Der unsoziale Geist setzt sich durch

Mit dieser Kopfpauschale belastet Schwarz-Gelb arme Menschen besonders massiv. Ein Sozialausgleich greift erst, wenn die Gesundheitskosten aus allgemeinen Beiträgen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag war noch nie.

## Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen!

DIE LINKE kann und wird das nicht hinnehmen und für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung streiten: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird perspektivisch abgeschafft. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Die Parität wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Vorsicht, Kopfpauschale!

Schwarz-Gelb will das solidarische Gesundheitssystem zerschlagen

Für die Versicherten wird es teuer: Union und FDP machen den Weg frei für höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und für unbegrenzte Zusatzbeiträge. Die Arbeitgeber entlässt Schwarz-Gelb aus der Verantwortung. Ihr Anteil liegt bereits unter dem der Versicherten und wird bei 7,3 Prozent eingefroren. Alle künftigen Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen - als pauschale Zusatzbeiträge. Diese sind nichts anderes als die Kopfpauschale durch die Hintertür.

## Der unsoziale Geist setzt sich durch

Mit dieser Kopfpauschale belastet Schwarz-Gelb arme Menschen besonders massiv. Ein Sozialausgleich greift erst, wenn die Gesundheitskosten aus allgemeinen Beiträgen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag war noch nie.

## Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen!

DIE LINKE kann und wird das nicht hinnehmen und für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung streiten: Alle, auch die heute privat Versicherten, zahlen entsprechend ihrem Einkommen aus Löhnen, Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird perspektivisch abgeschafft. Wer wenig hat, zahlt wenig. Wer mehr hat, zahlt in absoluten Beträgen mehr. Die Parität wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber tragen die Hälfte der Beiträge ihrer Beschäftigten auf Löhne und Gehälter.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G